

Haushaltsrede von Bündnis90/Die Grünen

Hannegret Hönes

Gemeindevertretung Niedernhausen

13.12.2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren

„In 2018 wird es abermals keine Steuererhöhungen in Niedernhausen geben“. Leider kann uns die Verkündigung Ihrer frohen Botschaft Herr Bürgermeister, nicht in Weihnachtsstimmung versetzen.

Denn bereits ab 2018 ist Heulen und Zähneklappern angesagt. Dafür sorgen schon Ihre Planungen ab dem Jahr 2019 und folgende die Grundsteuerhebesätze A und B zu erhöhen, um den Haushalt ausgleichen zu können.

Die Notwendigkeit dieser bitteren Pille belegen eindrucksvoll die Gesamtverbindlichkeiten unserer Gemeinde, die uns Kommunalpolitikern erfreulicherweise zum ersten Mal vorgelegt wurden. Dafür vielen Dank.

Auf Seite 310 stehen die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen einschließlich der Kassenkredite für 2017 in Höhe von 15.778.000. 2016 waren es noch 13.664.919 Mio., also eine Steigerung um 2,1 Mio.

Auf Seite 67 des Haushalts sind unter Erläuterungen/Nachrichtlich die „rentierlichen Schulden“ der Gemeinde mit ca. 16,3 Mio. aufgeführt. Rentierliche Schulden bedeuten, dass die Finanzierung überwiegend durch Entgelte Dritter erfolgen soll. Größter Einzelposten sind die Gemeindewerke mit 8,5 Mio. Es folgen die Wasserverbände, die EnergieRegion Goldener Grund und der Kommunale Wohnungsbau.

Die Wirtschaftlichkeit oder Rentierlichkeit dieser Schulden wurden – so hoffen wir jedenfalls- durch Businesspläne und Wirtschaftlichkeitsberechnungen nachgewiesen. Diese Berechnungen können sich aber mittlerweile durch viele Faktoren wie z.B. die Absenkung des Netzentgeltes, höhere Zinsen als unzutreffend erweisen.

Die Folge wäre, dass unsere Kommune diese Ausfälle auffangen müsste. Wir wissen nicht, ob die hohen rentierlichen Schulden noch im Einklang mit der Leistungsfähigkeit unserer Gemeinde stehen. Wir wissen nicht wie diese Schulden abgebaut werden. Wir wissen nicht, wie die neuen Wirtschaftlichkeitsberechnungen aussehen (falls es überhaupt welche gibt)

Wir wissen nur eines: Die Gemeinde haftet.

Wenn wir die Schulden des Kernhaushaltes also 15.778.000 Mio. mit den rentierlichen Schulden in Höhe von 16.295.000 addieren, dann haben wir eine Gesamtverschuldung von 32.073.000 Mio.

Das bedeutet eine Schuldenlast pro Einwohner von 2.205 €

Ich denke, der HFA sollte sich in nächster Zeit mit dieser Problematik befassen

Die finanzielle Lage unserer Gemeinde sollte nicht nur uns Grünen Sorge machen. Richtig fahrlässig ist aber, dass sich die große Koalition scheinbar keine Gedanken macht, wo sie Einsparungen vornehmen kann.

Bei den Haushaltsberatungen im letzten Jahr hatten Bündnis90/Die Grünen beantragt, die freiwilligen Leistungen um 10 Prozent also um 774,000 zu kürzen. Die einzelnen Kürzungsmaßnahmen sollten vom Bürgermeister bzw. vom Gemeindevorstand erarbeitet werden und einem noch zu gründenden Sparsausschuss, der aus je einem Mandatsträger der in der Gemeindevertretung vertretenden Parteien/Gruppierungen besteht, in geheimer Sitzung zum Beschluss vorzulegen. Die Idee dahinter war, dass sich mit einem sogenannten „Sparschweinausschuss“ der unsäglichen Klientelpolitik, von der im Übrigen keine Partei gefeit ist, ein Riegel vorschieben lässt.

Der Erfolg: Die Einsparungen wurden abgelehnt, eine Arbeitsgruppe Finanzen/Haushalts- und Finanzkommission unter Teilnahme der Fraktionsvorsitzenden eingerichtet. Mit mäßigem Erfolg, um es vorsichtig auszudrücken.

Meine Damen und Herren von der großen Koalition, wir machen Ihnen erneut ein Angebot zur Güte, von dessen Zustimmung wir, und ich glaube hier für die gesamte Opposition zu sprechen, unsere Zustimmung zum Haushalt abhängig machen.

Wir beantragen jährliche Einsparungen in Höhe von 5 Prozent bei den freiwilligen Leistungen vorzunehmen. Damit wollen wir die geplanten Erhöhungen der Grundsteuerhebesätze A und B ab dem Jahr 2019 und folgende vermeiden oder zumindest abschwächen. Der Bürgermeister bzw. der Gemeindevorstand wird aufgefordert, diesbezügliche Einzelmaßnahmen vorzuschlagen.

Ich weiß Sie würden uns den schwarzen Peter gerne unterjubeln. Das würde keinen Sinn machen, denn nur der Gemeindevorstand kennt die vertraglichen Verpflichtungen und weiß wo eingespart werden kann.

Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zum Betrieb bzw. der Sanierung der Gemeindehallen machen: In Rede stehen das Gemeinschaftszentrum Oberjosbach, das Bürgerhaus Engenhahn und das Dorfgemeinschaftshaus Oberseelbach. Darauf bezieht sich auch unser

2. Antrag: Die energetische Sanierung der infrage kommenden Häuser hat nach ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten wie Heizkosten, Dämmmaterialien etc. zu erfolgen. Entsprechende Berechnungen und Vorschläge wann und warum ein Gebäude zur Sanierung ansteht möge die Gemeindeverwaltung vorlegen.

Was wir erwarten ist eine Bauzustandsbesichtigung nicht durch irgendein kostspieliges Fachbüro sondern unter der Nutzung der Fachkompetenz unseres eigenen Bauamts, Aufnahme eventueller Mängel oder Schwachstellen. Berechnung der Heizkosten pro Quadratmeter Hallenfläche, Vergleich der Heizeffizienz mit der Gebäudedämmung und Vergleich der Veranstaltungstage. Nur so kann überprüft werden, in welcher Reihenfolge die Gebäude sinnvoll saniert werden müssen.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich mich noch einmal persönlich an Sie wenden sehr geehrter Herr Reimann. Sie haben uns allen am Schluss Ihrer Haushaltsrede das Kompliment gemacht, dass wir uns über alle Parteigrenzen hinweg freundlich begegnen und uns offen austauschen.

Das Kompliment möchte ich gerne an Sie zurückgeben. Ja, das politische Klima hat sich dank Ihrer offenen und angenehmen Art auf der menschlichen Seite stark verbessert. Leider hat sich das noch nicht auf die inhaltliche Arbeit ausgewirkt. Da kann von einer zielführenden Zusammenarbeit mit CDU und SPD noch keine Rede sein.